



Der andere Blick

von Alexander Kissler

Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» in Berlin

26.9.2023

Thema des Tages: Eine Wende in der deutschen Migrationspolitik braucht mehr als heisse Luft



Im hessischen Landtagswahlkampf wirbt Bundeskanzler Olaf Scholz für die SPD-Spitzenkandidatin und Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Kai Pfaffenbach / Reuters

Zu den meistbeschäftigten Angestellten im Berliner Bundeskanzleramt dürften die Mitarbeiter der Poststelle zählen. Kein Tag vergeht, ohne dass der Hausherr wütende Briefe erhält, [Hilferufe aus allen Enden der Republik](#). Zahlreiche Bürgermeister und Landräte haben die gleiche Botschaft für Olaf Scholz parat: So kann es nicht weitergehen. Der Zustrom an Migranten überfordert die Gemeinden, gefährdet die Finanzen und schadet dem sozialen Frieden.

Vor diesem Hintergrund scheint es tatsächlich so, als sei die

Bundesregierung bereit, «mit Wunschvorstellungen aufzuräumen». So formuliert es Finanzminister Christian Lindner von der FDP. Bisher aber ist die neue migrationspolitische Entschlossenheit ein rhetorisches Phänomen. Sollten nicht zügig Massnahmen ergriffen werden, die die Zuwanderung wirkungsvoll reduzieren, ist die Ampelkoalition aus SPD, Liberalen und Grünen bald ebenso Geschichte wie die Erzählung vom angeblich reichen Land.

Wer mit dem Rücken zur Wand steht, muss Risiken eingehen. Lindners Partei, deren Zustimmungswerte sich seit der Bundestagswahl vor zwei Jahren fast halbiert haben (von 11,5 auf 6 bis 7 Prozent), sehen in der Migrationspolitik einen Hebel, den Abwärtstrend zu stoppen. Das ist nachvollziehbar.

Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt Lindners Ansichten zu: Das «Interesse an Kontrolle», wie er es ausdrückt, überwiegt inzwischen die Bereitschaft zur Aufnahme, denn ohne «Steuerung der Einwanderung würde jedes System öffentlicher Ordnung und sozialer Sicherheit zwangsläufig zusammenbrechen». Noch deutlicher wird FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai: Deutschland dürfe keine im italienischen Lampedusa gelandeten Migranten mehr aufnehmen, sonst gäbe es «ein Problem in der Koalition».

Faersers sehr späte Verhandlungsbereitschaft

Bisher ist das Theaterdonner. Liesse die FDP wirklich die Koalition platzen, wenn willkommenskulturell bewegte Grüne und Sozialdemokraten wie Innenministerin Nancy Faeser an ihrem Kurs festhalten? Und wie sollen Migranten gestoppt werden, wenn sie das Zauberwort «Asyl» an der deutschen Grenze zu sprechen wissen?

Am Montag hiess es nun, Faeser verhandle mit Polen und Tschechien über «zusätzliche grenzpolizeiliche Massnahmen» – was sie zuvor monatelang abgelehnt hatte. Ob am Ende dieser Verhandlungen echte Grenzkontrollen übrigbleiben, wird man sehen.

An den Äusserungen der deutschen Liberalen wird deutlich, wozu sich alle Ampelpartner aufrufen müssten. Die drei Parteien und vorneweg der Kanzler müssten öffentlich klar bekennen, dass es mit Ordnung, Steuerung, Kontrolle nicht getan ist. Gemeinsame Zielvorgabe kann nach Lage der Dinge nur die Begrenzung der Zuwanderung sein.

Darum ist es ein Strohmännchen-Argument, wenn die Innenministerin im Einklang mit sozialdemokratischen und grünen Regierungspartnern erklärt, eine Obergrenze, wie sie aus den Reihen von CDU und CSU gefordert wird, wäre eine Scheinlösung. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil etwa erklärte, es gebe nicht «die eine Zaubermaßnahme», und beteiligte sich damit am Realitätsverdrängungswettbewerb.

Niemand verlangt Magie oder glaubt ernsthaft an eine juristisch einklagbare Höchstgrenze mit exakt definierter Personenzahl. Wohl aber will eine Politik, die laviert und abwiegelt, nur scheinbar eine migrationspolitische Wende. Ohne ein klar kommuniziertes Signal, dass Deutschland künftig deutlich weniger Menschen aufnehmen will, wird es immer mehr Menschen aufnehmen müssen.

ANZEIGE



Eine Destination für Naturliebhaber

La Palma ist ein Paradies für aktive Feriengäste: Hierhin kommt man primär zum Wandern, weniger zum Baden. Wanderrouten, die von einer prächtigen Pflanzenwelt umgeben sind, haben ihr unter anderem den Beinamen «die schöne Insel» eingebracht.

Der zweite Baustein einer echten Migrationswende wäre die Absenkung der Anreize. [Carsten Linnemann, der Generalsekretär der CDU](#), hat recht, wenn er es einen Skandal nennt, dass abgelehnte Asylbewerber weiterhin Bargeld vom deutschen Steuerzahler erhalten. Die FDP fordert eine bundesweite Bezahlkarte, damit kein Geld in die Heimatländer überwiesen werden kann, die CSU kündigt für Bayern bereits Chipkarten ein. Alle Bundesländer sollten schleunigst zu

solchen Lösungen greifen, auch jene mit grüner Regierungsbeteiligung. Letzteres sind immerhin 11 der 16 deutschen Länder.

Das Bürgergeld, von dem in hohem Umfang ausländische Staatsbürger profitieren, ist ein weiterer Pull-Faktor. Dass die Ampel jüngst dessen Erhöhung bei unveränderten Bedingungen verabschiedete, zeigt, wie wenig sie die negativen Nebenfolgen der eigenen Politik bedenkt.

Die Grünen changieren zwischen dem harten Gang zur Wirklichkeit und fortgesetztem Illusionismus. Wirtschaftsminister Robert Habeck etwa deutet in wolkigen Worten «moralisch schwierige Entscheidungen» an, während Aussenministerin Annalena Baerbock sagt, sie setze auf «effektive Verfahren an den Aussengrenzen» und «solidarische Verteilung in Europa» – beides klappt schon seit 2015 nicht.

Grüne Traumtänzer im Bundestag

In der grünen Bundestagsfraktion geben nach wie vor Traumtänzer den Ton an. Dort wird Migration als rein logistisches Problem betrachtet – mehr Wohnungen, mehr KITAS, mehr Betreuer! – und gilt der humanitäre Impuls weit überwiegend den Zuwanderern, nicht den Einheimischen. Wollten die Grünen, wie von Habeck zugesagt, die Wirklichkeit annehmen, müssten sie Kontrollen und Zurückweisungen auch an den deutschen Grenzen akzeptieren und damit einverstanden sein, Tunesien, Marokko, Algerien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen.

Zur Floskel herabgesunken ist die beliebte Aussage, es gebe «keine einfache Lösung». Sie taugt als Rechtfertigung für Tatenlosigkeit. Es wäre schnell und einfach möglich, die Liste der sicheren Staaten auszuweiten, Grenzkontrollen einzuführen, Anreize zu senken und die gesamte Migrationspolitik unter eine neue Überschrift zu setzen: die Reduktion des Zuzugs.

Der Bundeskanzler lässt sich bis jetzt treiben, ohne gestalten zu wollen. Er verkündet markig, «wer nicht Schutz haben kann, der muss auch gehen». Die zentrale Herausforderung aber besteht darin, zu erreichen, dass weniger Menschen in Deutschland und dessen Sozialsystemen ankommen. Solange Olaf Scholz vor dieser

Erkenntnis zurückscheut, werden ihn noch sehr viele Brandbriefe erreichen.